

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Johannes Meier

Abg. Martin Mittag

Abg. Johannes Becher

Abg. Anton Rittel

Abg. Anna Rasehorn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

"Kimm Hoam" - Fachkräfterrückkehrprogramm nach Bayern von emigrierten deutschen Staatsbürgern (Drs. 19/766)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Johannes Meier das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Johannes Meier (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vizepräsident, ja, Sie haben es schon sehr gut ausgesprochen. Unser Dringlichkeitsantrag befasst sich mit der attraktiven und motivierenden Rückkehr von Fachkräften, die ins Ausland abgewandert sind. Nach unserem "Geh Hoam"-Antrag kommt nun passenderweise der "Kimm Hoam"-Antrag zur Rückholung der Fachkräfte.

Ich möchte zuvor auf folgendes Thema eingehen: Bei der Behebung des Problems des Fachkräftemangels befassen wir uns nicht nur mit der aktiven Rückholung von Fachkräften, sondern wir müssen auch präventiv aktiv werden. Ich habe letzte Woche bei ntv einen sehr interessanten Bericht gesehen, wonach schon jeder siebte Studierende bereits festgelegt hat, nach Abschluss des Studiums ins Ausland zu gehen. Diese Studierenden haben kein Interesse mehr daran, im Freistaat Bayern oder in Deutschland zu bleiben.

Ja, auch in Bayern gibt es den Fachkräftemangel. Es gibt kein Bundesland – ich würde sogar sagen kein Land –, das nicht vom Fachkräftemangel betroffen ist. Die Fachkräftelücke belief sich im Jahr 2022/2023 auf fast 160.000. Im Bericht bei ntv war

auch der Anteil der Akademiker unter diesen Fachkräften, die ins Ausland abwandern, gut analysiert. Das sind fast 80 %, und 70 % dieser Gruppe befinden sich im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Man muss sich die Frage stellen, warum diese Menschen überhaupt abwandern. Hauptgründe sind unter anderem eine generelle Unzufriedenheit in Deutschland. Diese Woche kam mit einem schönen Titel der Weltglücksbericht heraus. Finnland belegt Platz eins, und Deutschland ist von Platz 16 auf 24 abgerutscht. Das ist ein Grund. Knapp 60 % gaben aber an, aus finanziellen Gründen ins Ausland abzuwandern. Das kann für uns alle auch wieder eine gute Nachricht sein; denn finanzielle Gründe kann man beheben, und man kann passende Anreize schaffen.

(Beifall bei der AfD)

Ich kenne aus meinem Freundeskreis ein gutes Beispiel dafür, dass andere Länder das schon sehr aktiv betreiben. Ein Krankenpfleger ist über ein soziales Netzwerk in die Schweiz abgeworben worden. Er verdient in der Schweiz knapp 2.000 Euro netto mehr und bekommt sogar die Wohnung gestellt. Andere Länder machen es uns schon gut vor. Wir haben noch einiges aufzuholen.

Jetzt mag sich der ein oder andere, der schon länger im Bayerischen Landtag zugegen ist, denken: So etwas hatten wir doch schon einmal in einer etwas abgeschwächten Form. Das hieß damals "Return to Bavaria". Diese Initiative lief von 2012 bis 2014 und hat 1,1 Millionen Euro gekostet und etwa 65 Fachkräfte zurückgeholt. Wirklich effizient war dieses "Return to Bavaria"-Programm, auch wenn man es leichter aussprechen kann als unser "Kimm Hoam"-Programm am Ende nicht. Es wurde nach nur zwei Jahren Laufzeit beendet.

Ich kenne die Situation von meiner beruflichen Karriere vor dem Landtag. Ich habe selber knapp 100 Mitarbeiter betreut, und es tut natürlich auch weh, wenn man jemanden als Auszubildenden einstellt, diesen entwickelt und fördert bis hin zur Führungskraft und dieser dann das Unternehmen verlässt. Irgendwann kommt halt der Punkt,

an dem Menschen sagen, sie möchten in einem anderen Unternehmen oder sogar im Ausland Erfahrungen sammeln. Aber das ist auch eine Chance; denn die Fachkräfte sammeln so Berufserfahrung und kommen qualifizierter zurück. Es ist wichtig, dass man es nicht verpasst, diese Fachkräfte wieder attraktiv anzuwerben. Bei mir ging es damals eben auch um den finanziellen Anreiz, und es hat dann auch oftmals sehr gut funktioniert. Im Jahr 2014, als das "Return to Bavaria"-Programm beendet wurde, war die Begründung dramatisch. Es wurde auch das Argument gebracht, dass keine Notwendigkeit für ein solches Programm mehr bestehe, da der Fachkräftemangel bzw. der so gefürchtete Brain Drain nicht so stark wären. Der damalige Wirtschaftsminister der FDP Martin Zeil hatte kritisiert, dass er, wenn das Beenden dieses Programmes ein Einstellen des Kampfes gegen den Fachkräftemangel darstellen würde, dies wirklich deutlich ablehnen würde.

(Johannes Becher (GRÜNE): Dieses Programm war ein kompletter Flop!)

Nach Zahlen des Bayerischen Landesamtes für Statistik haben von 2014, also nach Beendigung des Programms, bis 2022 knapp 80.000 deutsche Staatsbürger Bayern netto verlassen. Die Notwendigkeit für ein Programm ist wirklich gegeben. Daher kommt unser Antrag.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Unser Antrag unterscheidet sich von der damaligen Initiative darin, dass er attraktive Anreize schafft, nicht nur finanzieller Art, sondern auch darüber hinaus. Man muss den Fachkräften mehr anbieten als nur das "Return to Bavaria"-Programm, das sich nur auf eine Coachings- und Beratungsmentalität beschränkt hat. Das war am Ende schlichtweg zu wenig. Wir möchten zu Präventionszwecken auch eine fortlaufende Befragung aller Personen, die aus Bayern abwandern, schaffen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Aller Personen!)

Folgende Fragen sollen beantwortet werden: Welche berufliche Qualifikation hast du? Welchen Beruf übst du im Ausland aus? Warum möchtest du Bayern überhaupt verlassen? Es geht dann noch weiter über Steuererleichterungen, einer Befreiung von der Erbschaftsteuer oder der Grunderwerbsteuer bis hin zu gewissen Förderkrediten zu besonderen Konditionen oder Themen, die es schon gibt, wie eine Umzugsprämie. Wenn beispielsweise eine Lehrkraft aus München eine Stelle in Nürnberg besetzt, dann bekommt sie die Umzugskosten bezuschusst oder sogar bezahlt. All das möchten wir auch implementieren.

(Beifall bei der AfD)

Wir gehen weiter – –

(Johannes Becher (GRÜNE): Am Ende ist der einheimische Steuerzahler doch der Dumme!)

– Herr Becher, in der ersten Sitzung, die ich hier erlebt habe, hat jemand folgenden schlaunen Spruch gesagt: Erst zuhören und dann stören! Das sollten Sie vielleicht auch einmal machen, nicht immer dazwischenrufen.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen eine Vermittlung des "Meister-BAföG" und darüber hinaus auch eine gezielte Kampagne und Evaluierung. Wir möchten auch, dass in den sozialen Netzwerken und auf den einschlägigen Internetseiten das "Kimm Hoam"-Programm stetig beworben wird, damit wir davon ausgehen können, dass dieses Programm auch aktiv bei den Leuten ankommt, die wir als Zielgruppe definiert haben.

Ich möchte zum Schluss mit einem Zitat der damaligen Nachfolgerin von Herrn Zeil im Amt des Wirtschaftsministers, Frau Aigner, schließen; denn es wird im Anschluss in der Gegenrede auch ein paar kritische Stimmen der anderen Fraktionen geben. Frau Aigner hat sich damals so geäußert: "Wir schauen uns grundsätzlich jedes Projekt an,

und wenn das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht stimmt, dann stellen wir es auch wieder ein."

Wir fordern nicht mehr und nicht weniger. Wir möchten, dass man sich mit dem Programm befasst und diesem Programm eine Chance gibt. Wir möchten auch die Effizienz prüfen, um dann gemeinsam hoffentlich auch erfolgreich sein zu können. –Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Martin Mittag.

Martin Mittag (CSU): Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Allein das Wording dieses Antrags wäre Grund genug, ihn einfach abzulehnen. Jeder, der den Text durchgelesen hat, sieht mal wieder wie bei jedem Antrag, der von dieser Seite kommt, welch Geistes Kind das Ganze ist. Ich möchte aber schon noch ein bisschen auf das Thema eingehen und aufzeigen, wie weit weg von jeglicher Realität die Antragsteller sind, ganz besonders im Bereich der Wirtschaft. Sie haben nicht verstanden, was die Wirtschaft braucht. Sie haben nicht verstanden, was der Wirtschaft hilft. Wenn man das aufgreifen will und auch mit Vertretern der Wirtschaft spricht, kommt immer wieder ein Thema auf, nämlich die Bürokratie. Mit dem im Antrag enthaltenen Vorschlag würden wir einen Bürokratiewahnsinn sondergleichen aufbauen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): So ist es!)

Stellen Sie sich einmal vor – das ist auch gerade gesagt worden – jeder, der seinen Wohnort in Bayern verlässt, soll mehr oder weniger permanent geprüft und befragt werden, warum, wieso und weshalb. Was da alles dranhängt, ist unmöglich zu realisieren. Es wird uns aber verkauft als der große Anreiz, in die deutsche bzw. bayerische Wirtschaft zurückzukommen.

Wenn man ganz ehrlich ist – und das betrifft besonders diejenigen, die sich mit Wirtschaftsthemen beschäftigen –, müsste man wissen, dass eine starke Wirtschaft daher kommt, dass die Wirtschaft und Arbeitsplätze attraktiv sind. Ich glaube, der Freistaat Bayern braucht sich nicht zu verstecken. Wir sind nicht umsonst im Vergleich mit den anderen Bundesländern wirtschaftstechnisch ganz weit vorne.

Wir haben Sorgen, und zwar nicht nur bei den Fachkräften, sondern bei den Arbeitskräften insgesamt. Sicherlich brauchen wir mehr Arbeitskräfte. Dieses Problem werden wir aber nicht damit lösen, dass wir bei dem Thema Erbschaftsteuer ein Versprechen abgeben, damit Personen wieder zurückkommen. Im Übrigen ist das Versprechen in dem Antrag nicht einmal zeitlich bestimmt. Es steht nicht drin, ob er etwa innerhalb von vier Wochen oder fünf Jahren wieder zurückkommen muss, um den steuerlichen Vorteil zu bekommen. All das ist nicht erklärt. Es ist einfach mal rausgeblökt, ohne dass es wirklich etwas bringt. Niemand wird deswegen nach Deutschland zurückkehren.

Ich bin der Meinung, dass die Sorgen und Nöte der Wirtschaft – das sind zugleich auch die Sorgen und Nöte der Arbeitgeber, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an unser Land zu binden – ein Stück weit durch eine desolate Wirtschaftspolitik auf Bundesebene beeinflusst sind. Das muss ich an dieser Stelle einmal loswerden. Wenn sich die Bundespolitik nicht ändert, dann bleibt es bei vielen Problemen. Diese Probleme lösen wir aber nicht mit Anträgen wie dem vorliegenden.

Es ist richtig gesagt worden, dass sich das Projekt "Return to Bavaria" mit über 1 Million Euro für die 65 Rückkehrer nicht auszahlen würde. Wenn man ausrechnen würde, wie hoch die Kosten dieses Antrags bei einer Wahrscheinlichkeit von Rückkehrern, die voraussichtlich eher geringer als höher ausfallen wird, sein würden, reden wir von viel Geld, das wir definitiv sinnvoller ausgeben könnten. Gott sei Dank brauchen wir die Gruppierung hier rechts im Haus nicht; es gibt andere Gruppierungen hier im Haus, die an der Sache arbeiten.

Ich will das gar nicht in die Länge ziehen; denn mehr hat dieser Text nicht verdient. Wir lehnen den Antrag ab, das ist klar. Förderungen wie die beantragten sind kein Anreiz für das Arbeiten in Bayern; sie sind einfach nur ein Ansatz, um Geld zu verteilen und dann zu sagen: Wunder, was wir Tolles getan haben! Das würde weder der Wirtschaft noch den Arbeitskräften noch den Fachkräften hier helfen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Johannes Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD stellt einen Antrag zur Zuwanderung. Zuwanderung von allen? – Nein, es geht nur um die Zuwanderung von Deutschen. In der Begründung wird dann auch noch von "Deutschen ohne Migrationshintergrund" geredet. Der Antrag ist nur ein weiteres braunes Bonbon.

Ohne die Menschen mit Migrationshintergrund würde dieses Land ganz schön schlecht ausschauen. Das Geschäftsmodell der AfD ist die Spaltung der Gesellschaft.

(Zurufe der Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD) und Christoph Maier (AfD))

Ich sage Ihnen: Bayern kann auf die Menschen stolz und ihnen dankbar sein, die zu uns gekommen sind, die bei uns leben, die hier arbeiten, das Land aufgebaut haben, die es erhalten, die es weiterentwickeln. Wir sind ein Land und lassen uns nicht spalten.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Vor zehn Jahren gab es das Programm "Return to Bavaria". Es kostete 1,1 Millionen Euro. Es war ein kompletter Flop und ist dann wegen Erfolglosigkeit konsequenterweise eingestellt worden. Die AfD sagt: Das machen wir wieder! Das wollen wir wieder aufleben lassen! – Dann setzen sie noch einen drauf und sagen – ich zitiere –:

"Fortlaufende Befragung aller Personen, die ihren Wohnsitz in Bayern abmelden, nach den Gründen für die Auswanderung aus Bayern [...]"

Zuerst einmal finde ich: Es geht den Staat überhaupt nichts an, weshalb irgendjemand umziehen möchte. Dass die AfD nun Privates offenbar abfragen und speichern möchte, finde ich höchst interessant. Aber von wie vielen reden wir denn da?

Laut einer Statistik des Statistischen Landesamtes für das Jahr 2022 sind 570.000 Menschen nach Bayern zugezogen und 346.481 Menschen weggezogen. Wissen Sie, wie viele Mitarbeitende Sie bräuchten, um rund 350.000 Menschen in einem Jahr zu befragen? – Das sind ja sämtliche Mitarbeitenden, die über das gesamte Projekt "Return to Bavaria" gekommen sind! Sie sollten wissen: Wir brauchen viel mehr Zuwanderung, wenn man die Bürokratie Ihres Antrags wirklich umsetzen will. Das ist doch die Realität. Das ist kompletter Irrsinn, was Sie wollen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

Wenn es dann nach dem Willen der AfD geht, soll derjenige Deutsche, der auf Mallorca in einer Finca sitzt und nach Bayern zurückziehen soll, keine Erbschaftsteuer mehr zahlen, der soll keine Grunderwerbsteuer mehr zahlen, und der soll Kredite billiger kriegen. Und da frage ich mich – ich glaube rechtlich geht das gar nicht, das wird Ihnen aber wurscht sein –: Ist das gerecht? Ist denn das gerecht, dass derjenige, der hier jahrzehntelang arbeitet, Erbschaftsteuer zahlt, Grunderwerbsteuer zahlt und höhere Zinsen zahlt als der, der auf Mallorca in der Finca sitzt und hierherzieht? Nach Ihrer Politik ist doch der Hiesige der Dumme, und der, der kommt, bekommt alles hinten reingeschoben. Das kann es doch nicht sein. Das ist doch vollkommener Unsinn, was Sie wollen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also, wenn diese ganzen Konditionen Realität würden, dann würden sich vielleicht mehr Leute überlegen, lieber auszuwandern, um dann ein bisschen später wieder einzuwandern. Der Antrag ist also hinten und vorn Blödsinn.

Wir brauchen in Bayern Zuwanderung. Wir brauchen Menschen, die hinlangen, die anpacken, die arbeiten, die die Regeln unseres Rechtsstaates einhalten. Wir brauchen Menschen mit Anstand. Wenn Sie da draußen so ein Mensch sind und gern nach Bayern kommen möchten, dann sage ich Ihnen: Kommen Sie gern! Es kommt nicht darauf an, wo ein Mensch geboren wurde und welche Hautfarbe er hat, sondern darauf, was für ein Mensch er ist. Den Unsinn der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Anton Rittel.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben heute schon viel über Digitalisierung gehört. Ich bin froh, dass die Digitalisierung auch in diesem Hohen Haus angekommen ist und der Antrag nicht in Papierform, sondern digital gestellt wurde. Der Antrag wäre nicht einmal das Papier wert gewesen, auf den man ihn geschrieben hätte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Laut einer Studie aus dem Jahr 2019 haben innerhalb des letzten Jahrzehnts jährlich durchschnittlich 180.000 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit Deutschland dauerhaft verlassen. Im gleichen Zeitraum kehrten circa 129.000 Personen wieder nach Deutschland zurück. Für einen großen Teil von Personen ist der Aufenthalt nur temporär. Über zwei Drittel der ausgewanderten Personen bleiben nur wenige Jahre im Ausland, um Auslandserfahrung zu sammeln, um sich weiterzubilden und um sich weiterzuentwickeln.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Insgesamt führt dies zu einer kontinuierlich wachsenden Zahl von in Deutschland lebenden Menschen mit Auslandserfahrungen, was für unsere Wirtschaft von großer Bedeutung ist. Wir begrüßen dies ausdrücklich.

Bayern sollte sich vielmehr auf die vielen qualifizierten Arbeitskräfte unter den über 200.000 Eingewanderten konzentrieren. Wir brauchen nicht nur Fachkräfte, sondern überhaupt Arbeitskräfte. Insoweit ist es für den Freistaat sinnvoller und effizienter, mit entsprechenden Maßnahmen die deutlich größere Zahl der Eingewanderten in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Hinzu kommt, dass der Antrag voller Verstöße gegen den Gleichheitsgrundsatz ist. Ich frage mich: Wieso sollen Personen, die nach Bayern zurückkehren, beispielsweise von der Grundsteuer oder Erbschaftsteuer befreit werden? Dafür gibt es überhaupt keinen Grund. Dann müssten wir alle befreien.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Das heißt nämlich: Wenn ich heute meinen Erstwohnsitz zwei Jahre lang nach Österreich verlege, weil ich zum Beispiel an der Grenze wohne, und mich nach zwei Jahren wieder in Deutschland zurückmelde, müsste ich keine Erbschaftsteuer mehr zahlen. Das ist vollkommener Unsinn und vollkommen undurchführbar.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

– Sie haben vorhin gesagt: Der Anstand gebietet es, nicht zwischenzurufen. Jetzt machen Sie es selber. Wenn Sie was zu sagen haben, dann können Sie nach der Sitzung draußen kurz zu mir kommen und mir das sagen. Der Kelch des Anstands ist, glaube ich, an euch vorbeigegangen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin mir sicher: Wenn wir das so, wie in Ihrem Antrag vorgeschlagen, machen würden, würde das die Flucht aus Deutschland beflügeln. Es würden immer mehr Leute als Steuerflüchtige auswandern. Steuervermeidungsversuche wollen wir bekämpfen.

Dann sind diejenigen, wie der Kollege das schon richtig gesagt hat, die in Bayern geblieben sind, die Dummen, weil sie in Bayern Steuern zahlen müssen und den ganzen Schmarrn finanzieren. Diejenigen, die Deutschland den Rücken gekehrt haben, sind die, die sich schlicht die Steuern ersparen. Das widerspricht ganz klar dem Gleichheitsgrundsatz.

Zum Punkt der Unternehmensgründung bleibt festzuhalten, dass die zinsgünstigen Förderkredite der LfA Förderbank nicht nur für Zuwanderer sind, sondern auch für diejenigen, die in Bayern geblieben sind. Also brauche ich die nicht extra zu fördern.

Daher empfehle ich eindringlich, den Antrag abzulehnen. Demgegenüber lobe ich den heutigen Antrag der Regierungskoalition "Bayern zeigt, wie es geht – Einführung der Bezahlkarte und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber". Das sind solide und zukunftsorientierte Maßnahmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Anna Rasehorn.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Wir dürfen uns heute mal wieder eine Verfassungsviertelstunde geben und uns mit dem nächsten perfiden Antrag auseinandersetzen, der suggerieren soll, dass wir den Fachkräftemangel mit völkischen Lösungen bewältigen können. Ein absoluter Widerspruch! Warum sollten wir die paar Menschen, die hier aus welchen Gründen auch immer

(Christoph Maier (AfD): Weil sie qualifiziert sind!)

nicht mehr wohnen wollen, wieder herholen und gleichzeitig die Menschen zur Remigration bringen wollen,

(Benjamin Nolte (AfD): Weil sie nicht qualifiziert sind!)

die schon hier sind, deren Pass, Aussehen oder vielleicht auch politische Meinung Ihnen da drüben nicht gefällt? Das spricht eigentlich nur für ein menschenfeindliches Weltbild der Antragsteller da drüben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie geben in Ihrem Antrag an, dass rund 60 % der ausgewanderten Personen das Land aus finanziellen Gründen verlassen haben und im Ausland im Schnitt ungefähr 1.200 Euro mehr als vorher verdienen.

Warum stellen Sie dann bitte keine Anträge, wie wir die gute Arbeit hier verbessern können? – Ich kann es Ihnen beantworten: Weil Ihre Partei arbeitnehmer:innenfeindlich ist.

(Christoph Maier (AfD): Gendern ist in Bayern verboten!)

Warum sonst stimmen Sie im Bundestag gegen den Mindestlohn? Warum sonst bekämpfen Sie Tariftreue und Tarifverträge? Warum sonst lehnen Sie ein höheres Rentenniveau ab und wollen es sogar weiter absenken?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Statt dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten hier im Land besser verdienen und von ihrem Lohn und ihrer Rente leben können, hoffen Sie mit finanziellen Anreizen auf reiche Rückkehrer:innen. Ich hoffe, Sie wissen, dass die Nazis, die 1945 nach Südamerika ausgewandert sind, mittlerweile fast alle tot sind.

(Heiterkeit bei der SPD, den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wie sieht gute Fachkräftepolitik denn tatsächlich aus? – Neben dem guten Fachkräfteeinwanderungsgesetz aus dem letzten Jahr müssen wir endlich die bayerischen Fachkräftepotenziale im Inland ausschöpfen und Hemmnisse abbauen. Diese ungenutzten Potenziale sind vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Was ist das Problem? – Jede zweite weibliche Beschäftigte arbeitet trotz bester Ausbildung in Teilzeit. Warum? – Weil Kitaplätze fehlen, die Sorgearbeit ungleich verteilt ist, flexible und familienbewusste Arbeitsbedingungen fehlen. Warum stellen Sie da keine Anträge? – Stimmt! Weil Ihnen eigentlich nur Frauen recht sind, die weiß sind, einen deutschen Pass haben, verheiratet sind, hinterm Herd stehen und wahrscheinlich noch vier, fünf Kinder haben. Ich zitiere einen Kollegen von Ihnen: Neue Deutsche machen wir selber.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Christoph Maier (AfD): Was ist daran schlecht?)

Daran zeigt sich eigentlich nur Ihre völkische Gesinnung und die Tatsache, dass Sie nicht verstanden haben, dass wir in diesem Land auch weibliche Kräfte brauchen und dass das unsere Fachkräfte von morgen sind.

Liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen, damit Sie das nicht noch einmal alles hören müssen, zusammengefasst: Der Antrag bietet nur populistische Scheinlösungen und zeigt vor allem das wahre Gesicht der AfD. Daher lehnen auch wir den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/766 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ge-

genstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und GRÜNE. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Florian von Brunn (SPD): Die SPD hat auch dagegen gestimmt!)

– Die SPD hat ebenfalls dagegen gestimmt.